

- Bewegung für VW Gesetz
- Volkert-Urteil
- Fritz und die Tarifrunde
- Bonus
- Alternative Antriebe
- Internationaler Frauentag
- Stasi-Kampagne

Bewegung für ein neues VW-Gesetz – die Politiker brauchen Druck!

Porsche-Chef Wiedeking bekommt in seiner Ablehnung eines neuen VW-Gesetzes Unterstützung. Wirtschaftsminister Glos(CSU) lehnte den Entwurf aus dem Justizministerium ab. Offiziell gibt es keine Begründung. Aber inoffiziell lässt sich raushören: Brüssel lasse sich nicht vorführen und überhaupt passten solche Vorschriften nicht in die ordnungspolitische Landschaft. Auf Deutsch: Einschränkungen der Freiheit des Kapitals passen nicht in das Europa-Konzept der Konzerne und ihrer Parteien.

Mal abgesehen davon, dass in Einzelfällen Schweden, Frankreich und selbst die USA ihre wichtigen Konzerne ebenfalls schützen, hat der Glos sogar Recht! Ein neues VW-Gesetz ist ein kleiner Eingriff in die Verfügungsgewalt des Kapitals.

Macht der Konzerne einschränken!

Deshalb unterstützte die DKP dieses Gesetz von Anfang an. Wir sind für die Einschränkung der Macht der Konzerne, wie das die Grundgesetz-Artikel 14 und 15 ausdrücklich zulassen! Wir sind für ein anderes Konzept von Europa. Ein Europa mit sozialen und demokratischen Rechten für die Mehrheit der Bevölkerung. Darum sollte über die neue EU-Verfassung, die nicht so heißen darf, auch das Volk entscheiden. Aber auch das scheuen unsere Politiker wie der Teufel das Weihwasser!



Das heißt nichts anderes, dass auch die Satzung, in der wichtige mitbestimmungspolitische Regelungen verankert sind, mit 75% Mehrheit zu ändern ist.

Da außer der „Linken“ im Parlament niemand für eine Erhöhung des Landesanteils auf 25,1% eintritt und außer der SPD und der „Linken“ alle anderen Parteien keine Freunde von „Staatsbeteiligungen“ sind, heißt das nichts anderes, als die Freigabe für eine Satzungsänderung. Das müsste auch ein wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD wissen!

Farbe bekennen für ein neues VW-Gesetz

Zwingen wir die Politiker aller Parteien auf allen Ebenen Farbe zu bekennen und für ein neues VW-Gesetz in unserem Sinne einzutreten! Auf die nächste Tagesordnung in

Zurück zum VW-Gesetz. Über die FDP brauchen wir nicht zu sprechen, die ist sowieso dagegen. Zwar sprechen sich die CDU- und die SPD-Landespolitiker aus Niedersachsen dafür aus, aber im Bund ist das nicht so eindeutig. Und der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD Rainer Wend bietet gleich „einen kleinen Kompromiss“ an: die 2/3 Mehrheit im Aufsichtsrat für die Verlagerung der Produktionsstätten müsse erhalten bleiben, aber die 80%-Sperrminorität auf den Hauptversammlungen sei für die SPD verhandelbar! (BZ vom 22.2.08)

den Stadträten gehört also rechtzeitig ein entsprechender Antrag, damit Hoffmann, Schnellecke und Co keine Möglichkeit haben der inhaltlichen Debatte auszuweichen, wie es beim Dringlichkeitsantrag der SPD im Braunschweiger Rat der Fall war.

Dazu gehört dann auch eine entsprechende Öffentlichkeit aus dem Betrieb! Dasselbe gilt für den neugewählten Landtag! Und wenn das nicht reicht, dann brauchen wir eben mehr Bewegung von unten - Ideen für weitere Aktionsformen sind vorhanden!

Zur Verurteilung von Klaus Volkert

Das Urteil in der VW-Affäre ist gesprochen. Klaus Volkert erhielt die höchste Strafe und muß ins Gefängnis. Ob das Urteil in der Berufung Bestand hat, muss man abwarten. Die Begründung für die Höhe der Strafe zumindest stimmt. Er habe gewusst, was er tat; er habe andere angestiftet, fortgesetzt und über einen langen Zeitraum ihm persönliche Vorteile auf Kosten von VW zu verschaffen und er habe gewusst, dass er diese Vorteile nur bekomme, weil er Betriebsratsvorsitzender war. Und genau das ist eben strafbar.

Ob das Strafmaß im Vergleich zu P. Hartz, der mit einer Geldstrafe und Bewährung davongekam, passt, darüber mag man streiten. Ob das Urteil passt im Hinblick auf andere Kriminelle, meistens Manager, die sich auf Kosten ihrer oder anderer Firmen bereicherten, mag man auch hinterfragen. Wenn man den Eindruck hat, die herrschende Klasse mag es nicht, wenn einer „von unten“ sich in ihre Kreise einschleichen will, dann ist das sicher nicht abwegig. Man bleibt da lieber unter sich! Schuster (Schmied) bleib bei deinem Leisten!

Das Betriebsverfassungsgesetz verbietet Vorteilsannahme und zwar zu Recht. Der Schaden an Vertrauen in der Belegschaft, in die Mitbestimmung und die Gewerkschaften, den Volkert zu verantworten hat, stand nicht zur Debatte. Auch die Frage, ob er für VW sein Geld wert gewesen ist, wurde nicht beurteilt. Zu recht. Das „Sy-

stem VW“ besteht darin, dass sich Betriebsräte und Gewerkschaften manchmal über den Rahmen des Gesetzes hinaus in die Unternehmensfragen eingemischt haben. Bis heute ziemlich erfolgreich.

Und das ist den Herrschenden ein Dorn im Auge. Da könnten ja andere auch auf Ideen kommen . . .

Dass in diesem Mitbestimmungsgebilde ein Konzern- und Gesamtbetriebsratsvorsitzender sicher eine herausragende Stellung hat ist nicht zu leugnen. Aber er ist kein Alleinherrscher. In den Gremien der Betriebsverfassung könnte er stets überstimmt werden, und in denen der Gewerkschaft, z.B. der Tariff Kommission, ebenso. Diese Entscheidungsprozesse haben immer etwas mit der politischen Einschätzung von Kräfteverhältnissen und mit politischen Zielen zu tun. Insofern kann nicht ein Einzelner Retter von VW oder Verräter an der Belegschaft sein.

Der beste Schutz vor Wiederholung von seiten der Gewerkschaft und der Beschäftigten besteht in einer offenen Diskussionskultur, Förderung von Kritik, Transparenz und Kollektivität der Arbeit, Einbeziehung der Beschäftigten statt Stellvertreterpolitik sowie regelmäßiger Rechenschaftslegung, die von einer selbstbewussten und kritischen Belegschaft eingefordert wird.



Fritz zu den Tarifrunden

In der letzten Pause: „5,2% mehr für die Stahlarbeiter, nicht schlecht“- „Aber wenn Du bedenkst, dass das der höchste Tarifabschluss seit 15 Jahren in der Branche ist, zeigt das, wie lange die Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften und Beschäftigten schon dauert“, bemerkt Rudi. „Zu lange, wenn Du mich fragst“ pflichtet ihm Paula bei „und bei dem geringen Lohnanteil in der Stahlbranche, stecken die Arbeitgeber das locker weg!“

„Ja, aber was machen die Beschäftigten im Handel und im Öffentlichen Dienst, bei denen das nicht so ist?“ fragt Andreas, „die Preissteigerungen haben die genauso“ – „Na ja, da wird schon vorgebeugt in der bürgerlichen Presse, die können nicht soviel kriegen, weil die Staatskassen angeblich leer seien“ wirft Uli ein „trotzdem hat eine große Mehrheit der Bevölkerung Verständnis für die Forderungen von Ver.di, das ist auch schon ein Fortschritt!“ „Komisch, für die Rettung der Banken, die ihre Einlagen verzockt haben, da ist Geld da“ höhnt Alfred.

Genau das ist der Punkt. Geld ist genug da, nur nie für die, die es durch ihre Steuern erst in die Staatskassen gezahlt haben. Ich bin dafür, dass diejenigen, die in Kindergärten unsere Kinder erziehen, die

uns im Krankenhaus fast im Laufschrift rund um die Uhr versorgen oder uns in Bussen und Bahn sicher zur Arbeit und nach Hause fahren, sowie andere wichtige Dienstleistungen erbringen, mehr Geld kriegen!

Dafür zahle ich gerne Steuern. Verzichten kann ich auf die Anschaffung teurer Korvetten und anderer Rüstungsgüter, ebenso wie auf Kriegseinsätze in Afghanistan oder im Irak!

Meint jedenfalls

Euer Fritz

Impressum:

Herausgeber: DKP Region Braunschweig
V.i.S.d.P.: Werner Hensel, Wilhelm-Raabe-Straße 7, 38104 Braunschweig

VW - attraktivster Arbeitgeber Europas?

Personalvorstand H. Neumann will VW zum attraktivsten Arbeitgeber in Europa machen.

Wenn das ehrlich gemeint ist, verdient es die uneingeschränkte Unterstützung von Belegschaft und Betriebsrat. Auch dem Roten Käfer fällt dazu einiges ein. Für die, die alle Rekordergebnisse geschaffen haben, ist vom „attraktivsten Arbeitgeber“ nämlich nichts zu spüren.

Die Situation heute ist gekennzeichnet durch extremen Arbeitsdruck aufgrund von Aufhebungsverträgen und Altersteilzeit, verlängerte Arbeitszeiten und Reallohnabbau, Sonderschichten und Mehrarbeit, auch wegen fehlender technischer Kapazitäten! Höchste Zeit, dass wir der Strategie 2018 des Konzerns – 10% jährliche Produktivitätssteigerung und 21% Kapitalrendite - unsere Strategie entgegenstellen, damit man ein Arbeitsleben bei VW mit anständigem Lohn und möglichst gesund durchstehen kann.

Dazu gehören Realloohnerhöhung, Haustarifvertrag I für alle statt Autovisions-Leiharbeiter, Arbeitszeitverkürzung statt Verlängerung, früherer Renteneinstieg und Mitbestimmung im Konzern und am Arbeitsplatz.

Aber auch ganz konkrete Themen wie: Aufhebung des Einstellstopps, Förderprogramme für schwache Azubis statt ausschließlich Bestenauslese, Übernahme nach der Ausbildung für alle bei VW, ausbildungsadäquate Übernahme statt willkürliches Löcherstopfen in der Fertigung, Frauenförderprogramme, Personalentwicklungsprogramme für die Beschäftigten, Umsetzung des Arbeitsplatzkatasters, altersgerechte und ergonomisch gestaltete Arbeitsplätze und

nicht zuletzt familienfreundliche Arbeitszeiten.

Ein kräftiger Erfolgsbonus zum 70-jährigen VW-Jubiläum wäre ein erster Schritt in diese Richtung: 10 % des Gewinns von 5,1 Milliarden aufgeteilt auf die Belegschaft - ohne Anrechnung der Vorauszahlung und ohne Zeitwerte - macht etwa 5500 € pro Beschäftigten aus – das wäre doch ein guter Auftakt für unsere Strategie.

Unser Vorschlag für den Jubiläumsbonus 70 Jahre VW:

5500 Euro auf die Vorauszahlung im November

**Gründe gibt es genug:
10 % des Gewinns von 5,1
Milliarden aufgeteilt auf
die Belegschaft ohne Anrechnung der Vorauszahlung und ohne Zeitwerte
macht etwa 5500 € pro
Beschäftigten aus**



Alternative Antriebe als Trickbetrug?

In Bali tagte die Kioto-Nachfolge-Konferenz. Immerhin wird endlich anerkannt, dass auch beim CO₂-Ausstoß sich niemand Privilegien herausnehmen darf, wie das gegenwärtig noch der Fall ist: 20 Tonnen in den USA pro Kopf und Jahr, 12 in Deutschland, 1 in Afrika. Klimaverträglich wären höchstens 2 Tonnen pro Mensch. Doch die Autoindustrie tut viel zu wenig. In den letzten beiden „Roten Käfer“ haben wir gezeigt, dass die vollmundig angekündigten „Biokraftstoffe“ mehr Probleme machen als zur Lösung beizutragen.

Wie sieht es mit anderen alternativen Antrieben aus?

„Erdgasautos auf dem Vormarsch“ - Volkswagen ist stolz darauf, dass „Erdgas-Fahrzeuge ins VW-Flottengeschäft rollen“ (WN v. 12.12.07).

Mal dahingestellt, ob Erdgasautos eine wirkliche Lösung des Klimakill darstellen: Hinter der Meldung vom Vormarsch der Erdgasautos stehen in Wirklichkeit lächerliche Zahlen. Die Zahl der insgesamt(!) in Deutschland zugelassenen mit Erdgas betriebenen Fahrzeuge betrug am

1. Januar 2006 exakt 38.933. Fast 2 Jahre später, am 31. Oktober 2007, war es ein Bestand von 62.104 Autos. Gewiss, das sind fast 70% Zunahme in 2 Jahren. Aber auf welchem Niveau? Da wären noch dutzende Jahre mit hohen Steigerungen nötig, um bei einem Autobestand von weit über 50 Mio. Stück allein in Deutschland die CO₂-Bilanz auch nur in der dritten Stelle hinter dem Komma zu verändern.

Gut für den „Flottendurchschnitt“ Aber ein Gutes haben Erdgasautos und darauf haben es die Autokonzerne wohl auch in erster Linie abgesehen. Mit den abgasarmen Erdgasautos in der eigenen Flotte kann man den für 2012 verlangten Flottendurchschnitt von 130 g CO₂ Emission pro Kilometer viel leichter erfüllen. Unabhängig davon, ob diese Modelle viel oder wenig verkauft werden. Und wenn nicht mehr politischer Druck gemacht wird, wird das auch das Schicksal der jetzt für 2010 von einigen Konzernen, darunter auch VW, angekündigten Elektroautos sein: Verbesserung des Flottendurchschnitts durch (viel zu teure)

Vorzeigemodelle. Ansonsten volle Kraft dem Klimakill. Zu Elektroautos mehr im nächsten Roten Käfer.

Zitat des Monats:

„China und Indien als Länder hinzustellen, die das Weltklima bedrohen, ist grotesk angesichts der Tatsache, dass die Automotorisierung in dieser Region dem westlichen Modell folgt und dass diese vor allem von den Autokonzernen der USA, Japans und Westeuropas vorangetrieben wird. Die gegenwärtige Struktur der weltweiten Automotorisierung hat weiterhin neokolonialen Charakter: Von den im Jahr 2006 weltweit registrierten 640 Millionen Pkw konzentrierten sich 452 Millionen oder gut 70 Prozent auf die Regionen Nordamerika, Europa, Japan, Australien und Neuseeland, in denen nur 17 Prozent der Menschheit leben. Es gilt heute mehr denn je: Wer von Klimagerechtigkeit redet, kann zum Kapitalismus nicht schweigen“. (Verkehrsforscher W. Wolf, Attac-Rundbrief SiG Nr. 63, 12/2007)

Internationaler Frauentag

Der 8. März ist seit Anfang des 20. Jahrhunderts ein Kampf- und Feiertag für Frauen geworden, die für die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen eintreten.

Infolge der sich rasant entwickelnden Industrialisierung verschlechtert sich die Lebenslage der Erwerbsbevölkerung rapide. 10 bis 12 Arbeitsstunden sind die Regel ebenso wie Hungerlöhne. Die Wohnsituation ist katastrophal. Vor diesem Hintergrund beschließt 1910 die Internationale sozialistische Frauenkonferenz in Kopenhagen,

„Im Einvernehmen mit den klassenbewussten, politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Wahlrecht dient.“

Das geschieht 1911 in verschiedenen Ländern mit dem Hauptziel, das Wahlrecht für Frauen einzuführen. Doch gemeinsam mit der Arbeiterbewegung insgesamt fordern sie an ihrem Kampftag den Achtsturentag, bessere Arbeitsbedingungen, gleiche Löhne, sind gegen Kinderarbeit, gegen die Kriminalisierung der Abtreibung und für das friedliche Zusammenleben der Völker und gegen Krieg.

Im Gedenken an die Streiks der amerikanischen und russischen Textilarbeiterinnen wurde 1921 der Tag einheitlich

auf den 8. März festgelegt.

Das Frauenwahlrecht wurde mit der Novemberrevolution 1918 erkämpft.

Andere Forderungen wie Mindestlöhne, Senkung von Lebensmittelpreisen, legaler Schwangerschaftsabbruch und Arbeitszeitverkürzung standen in den folgenden Jahren bis zum Verbot des Tages während des Faschismus im Mittelpunkt.

Nach Kriegsende wird seit 1946 in der DDR der Internationale Frauentag wieder gefeiert.

Die 1975 von der UNO ausgerufene Dekade der Frau war der Auslöser, dass auch in Westeuropa der Internationale Frauentag von Kommunistinnen, Sozialistinnen, Gewerkschafterinnen in der BRD wieder belebt wurde.

Und heute? Alles erreicht?

● In der Regel arbeiten wir keine 10-12 Stunden mehr, aber immer mehr Menschen können von einem Job nicht leben und sind auf 3 bis 4 angewiesen. Wer zählt die Stunden? Auch wegen der hohen Arbeitslosigkeit muss der Trend zur Arbeitszeitverlängerung gestoppt werden, Arbeitszeitverkürzung bleibt das Gebot der Stunde!

● Es ist kein Geheimnis, dass immer Menschen nicht von ihrem Lohn leben können. Also ist wie vor 90 Jahren die

Forderung nach einem Mindestlohn unverzichtbar und aktuell!

● Kinderarbeit ist weltweit verboten, aber sie nimmt zu. Auch deshalb muss die internationale Solidarität mit Ländern wie Kuba und Venezuela z.B. verstärkt werden!

Es soll die Linke treffen

Persönliche Erklärung

von Christel Wegner

zur Panoramasendung vom 14. 2. 2008

Liebe GenossInnen, liebe FreundInnen, zur Klarstellung und vorab in aller Deutlichkeit: ich will nicht, wie es Panorama und die Presse formulieren, „die Stasi zurück“. Wer den Bericht in Panorama gesehen hat, hat bemerkt: es gab viele Schnitte.

Meine Aussage im Interview bezog sich nicht auf die Stasi. Ich habe vielmehr gesagt, dass jeder Staat einen Geheimdienst hat und dies natürlich auch für einen sozialistischen Staat gilt. Im Anschluss hieran erfolgte dann die in Panorama gesendete Frequenz zum Thema „Staatssicherheit“.

Ich gebe zu, ich bin in dieses Gespräch zu arglos hineingegangen. Dies tut mir leid.

Auch als 60-jährige Kommunistin muss man noch lernen. Es ist doch klar, dass es mir nicht darum geht, die Stasi wieder zu beleben, die Mauer neu zu bauen oder den Niedersachsen ihr Eigenheim zu enteignen. Gerade gegenwärtig mit der Werksschließung von Nokia, der



Preispolitik der Energiekonzerne wird die Notwendigkeit deutlich, Konzerne dieser Größenordnung in Gemeineigentum zu überführen.

Natürlich weiß ich, dass nur durch Entwicklung der Demokratie, durch das demokratische Engagement der Mehrheit der Menschen fortschrittliche Entwicklungen erreicht und gesichert werden können.

Und im übrigen: die DKP hat schon immer die Auflösung der Geheimdienste gefordert. Das Ziel der Kampagne ist klar, es soll die Linke treffen, natürlich auch mich als Kommunistin. Es soll abgelenkt werden von den Skandalen um e.on, Siemens, Nokia und am Donnerstag passend Herrn Zumwinkel.

Die Vereinbarung mit der Partei „Die Linke“ war, dass ich das Landtagswahlprogramm vertrete, daran habe ich mich gehalten und werde es zukünftig tun.